

# 11. Sitzung

## des Gemeinderates der Stadtgemeinde Stockerau am 13. Juli 2016

### Anwesend:

Bürgermeister:	Laab Helmut	SPÖ
Vizebürgermeisterin:	Hermanek Susanne	SPÖ
Stadträte-SPÖ:	Eisler Elfriede, Holzer Othmar	
Stadträte-ÖVP:	Dr. Moser Christian, Mag. (FH) Völkl Andrea	
Stadtrat-FPÖ:	Kube Erwin	
Gemeinderäte-SPÖ:	Ambrosch Walter, Bauer Johann, Buchta Brigitte, Frithum Gabriele, Gübler Gerda, Hellwein Christian, Ibraimi Setki, Minibeck Manfred, Preyss Michael, Mag. Riedler Corinna, Ruzicka Jürgen	
Gemeinderäte-ÖVP:	Dkkfm. Bartosch Johannes, Dummer Gerhard, Mag. Falb Martin, Handschuh Monika, Hetzendorfer Gregor, KR Hopfeld Peter, Kopf Eleonore, Weiss Margit	
Gemeinderäte-FPÖ:	Inführ Reinhard, Mayer Wolfgang	
Gemeinderäte-GRÜNE:	DI Pfeiler Dietmar, Schneider Alexandra, Mag. Straka Andreas	
Gemeinderat-NEOS:	-----	

### Entschuldigt:

StR Ryba Günter (SPÖ), StR OSR Kronberger Karl (ÖVP),  
GR Pollak Daniel (SPÖ), GR Mag. Trabauer Manuela, (ÖVP),  
GR Wiesner Karin (FPÖ), GR Dr. Fischer Martin (NEOS)

Namensnennungen im Folgenden ohne Titel.

Ort: Rathaus Stockerau - großer Sitzungssaal

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 20:35 Uhr

## **Tagesordnung:**

### **I. Eröffnung der Sitzung – Feststellung der Beschlussfähigkeit**

### **II. Genehmigung des Protokolls vom 15.06.2016**

### **III. Anträge des Bürgermeisters**

- 1.) Verleihung der Ehrennadel in Silber an Preisinger Günther
- 2.) Verleihung der Ehrennadel in Gold an Dir. Bauer Josef
- 3.) Straßenbeleuchtung LED – Design

### **IV. Anträge des Stadtrates**

#### **a) Finanzen**

- 1.) Straßenbeleuchtung LED – Finanzierung

### **V. Anträge gemäß § 46 Abs. 1 NÖ GO 1973**

- 1.) Wahrnehmung der Gesellschafterrechte in der Kommunale Immobilien Liegenschafts-  
verwaltungs- und –verwertungsgesellschaft m.b.H. Stockerau (KIG)
- 2.) Kurzparken in Stockerau
- 3.) ÖBB-Taktfahrplan
- 4.) Wahlangelegenheiten: Ehrung für Wahlbeisitzer

Gemäß § 47 Abs. 3 NÖ GO in nicht öffentlicher Sitzung behandelt:

### **I. Anträge des Bürgermeisters**

- 1.) Ausweitung der Klage gegen Leasinggesellschaft

### **II. Anträge gemäß § 46 Abs. 1 NÖ GO 1973**

- 1.) Bericht des Bürgermeisters und Fragen an den Bürgermeister über den aktuellen Stand und die bisherige Entwicklung der Kommunale Immobilien Liegenschaftsverwaltungs- und –verwertungsgesellschaft m.b.H. Stockerau (KIG)

## **I. Eröffnung der Sitzung – Feststellung der Beschlussfähigkeit**

*Bürgermeister Laab* eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Die Mitglieder des Gemeinderates wurden ordnungsgemäß eingeladen, die Tagesordnung ist rechtzeitig kundgemacht worden und es erfolgten keine Einwendungen.

Vor der Sitzung hat aufgrund der notwendigen Änderung eine Prüfungsausschusssitzung stattgefunden, die den Zweck gehabt hat, nachdem Herr Mag. Falb den Vorsitz nicht mehr weiterführen kann, dass hier ein neuer Vorsitzender gewählt wurde. Ich darf Ihnen berichten, dass Herr Gemeinderat Dummer der neue Vorsitzende ist. Er ist in dieser Prüfungsausschuss-

sitzung einstimmig gewählt worden. Ich darf ihm dazu gratulieren und auf eine gute Zusammenarbeit hoffen – insoweit das halt bei einem Prüfungsausschuss geht, das ist immer eine bisschen schwierige Situation, aber trotzdem.

Gemeinderat Dummer: Danke.

Applaus

Gemeinderat Minibeck: Wie bereits in der Ausschusssitzung gesagt, möchte sich die Fraktion der sozialistischen Gemeinderäte im Prüfungsausschuss bei Herrn Mag. Falb für seine bisherige professionelle Führung des Prüfungsausschusses bedanken und der daraus resultierenden guten Zusammenarbeit im Prüfungsausschuss. Wir hoffen, dass das auch in Zukunft in den Fußstapfen des Herrn Mag. Falb weitergehen wird.

Gemeinderat Dummer: Ich werde mein Bestes dazu geben.

Applaus

Gemeinderat Mayer: Ich möchte mich dem anschließen. Ich möchte das jetzt vom Ausschuss nicht wiederholen, es wären die gleichen Worte, danke für den Ausschussvorsitz.

## **II. Genehmigung des Protokolls vom 15.06.2016**

Es wird der Antrag gestellt, das Protokoll vom 15.06.2016 unverlesen zu genehmigen. Es entspricht dem Sitzungsverlauf und es gab keine Einwendungen.

**Beschluss:** **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0

Prostimmen:	SPÖ	15
	ÖVP	10
	FPÖ	3
	GRÜNE	3
	NEOS	0

## **V. Anträge des Bürgermeisters**

### **1.) Verleihung der Ehrennadel in Silber an Preisinger Günther**

#### **Antrag:**

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Ansuchens des Volksbildungsvereines Stockerau und der langjährigen, verschiedenen und ehrenamtlichen Funktionen um die Stadt Stockerau wird

#### **Herrn Günther Preisinger**

die

#### **Ehrennadel in Silber**

verliehen.

Die Verleihung wird am 26.10.2016 erfolgen.

*Stadträtin Völkl:* Günther Preisinger ist er ein sehr verdienter Mann in Stockerau. Er ist seit dreißig Jahren in der Erwachsenenbildung in Stockerau tätig und 25 Jahre lang war er auch Obmann-Stellvertreter des Volksbildungsvereines. Da sind sicher Verdienste hervorzuheben, die er beim Aus- und Umbau der Angebote des Volksbildungsvereines, wo er wesentlich Anteil gehabt hat, dass der Volksbildungsverein zu einem modernen Bildungsverein der Erwachsenenbildung entwickeln hat können. Günther Preisinger ist Lehrer an der Kreativ-Mittelschule, wie alle wissen, er ist mit Herz und Leib und Seele Lehrer und neben seiner Tätigkeit als Lehrer ist ihm der Sport ein Anliegen gewesen. Er war bei der Sportunion auch fast dreißig Jahre lang tätig als aktives Mitglied und Sportler. In der Pfarre ist er auch im Pfarrgemeinderat, also er ist sehr aktiv und trägt sehr wertvoll zum gesellschaftlichen Leben in Stockerau bei. Unsere Fraktion unterstützt natürlich diese Anerkennung und Würdigung für den ganzen Beitrag und die Arbeit, die er hier für die Bevölkerung in Stockerau in verschiedenen Institutionen leistet.

**Beschluss:**

**einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	15
	ÖVP	10
	FPÖ	3
	GRÜNE	3
	NEOS	0

**2.) Verleihung der Ehrennadel in Gold an Dir. Bauer Karl**

**Antrag:**

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Es wird vorgeschlagen,

**Herrn Dir. Josef BAUER**

die

**Ehrennadel in Gold**

zu verleihen.

Herr Dir. Josef Bauer war jahrelang (seit Dezember 1997) als Direktor in der Neuen NÖ Kreativ-Mittelschule Stockerau (vormals Hauptschule West) tätig und ist nun mit Ende dieses Schuljahres in den wohlverdienten Ruhestand gegangen.

Die Verleihung erfolgt am 26.10.2016.

Stadtrat Moser: Ich möchte hinzufügen, Herr Direktor Bauer ist nicht nur sehr lange Direktor gewesen und hat nicht nur sehr lange die Hauptverantwortung in dieser Schule getragen, sondern war auch einer der Pioniere, einer der Vorreiter im Bereich des Bildungswesens in Niederösterreich. Er war es, der zum Beispiel das Eurothema in die Hauptschule gebracht hat zu einem Zeitpunkt, wo von Europa noch nicht viel die Rede war und wir merken ja jetzt,

dass das notwendiger ist denn je. Er war auch einer der Wegbereiter für die Neue Mittelschule, für diesen neuen Schultyp, um hier die Hauptschule aufzuwerten und ich denke, dass dieser Schultyp auf einem guten Weg ist. Daher unterstützen wir diesen wichtigen Antrag auch aus ganzem Herzen.

**Beschluss:** **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmhaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	15
	ÖVP	10
	FPÖ	3
	GRÜNE	3
	NEOS	0

**3.) Straßenbeleuchtung LED - Design**

**Antrag:**

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Auftrag zur Lieferung von 1.900 LED-Lampen zur teilweisen Umstellung der Straßenbeleuchtung wird, vorbehaltlich einer eventuellen Berufung durch einen unterlegenen Bieter, an die Firma ECOWORLD LCL GMBH, Schlossfeld 2, A-8811 Scheifling mit einer Auftragssumme von € 527.123,-- Brutto vergeben.

**Beschluss:** **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	15
	ÖVP	10
	FPÖ	3
	GRÜNE	3
	NEOS	0

#### **IV. Anträge des Stadtrates**

##### **a) Finanzen**

##### **1.) Straßenbeleuchtung LED - Finanzierung**

###### **Antrag:**

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Vergabe der Finanzierung der Teilumstellung der Straßenbeleuchtung auf LED an die Raiffeisen-Leasing Österreich GmbH. mit einer monatlichen Rate von € 3.697,34 und einer Laufzeit von 108 Monaten plus 1 Restrate wird genehmigt.

Gemeinderat Dummer: Wie ist die Kondition für diese Finanzierung?

Bürgermeister Laab: Ich glaube 1,7%.

Gemeinderat Dummer: 1,7%. Das ist doch relativ hoch, gibt es Alternativangebote oder hat es Alternativangebote gegeben?

Bürgermeister Laab: Das ist ausgeschrieben worden über Dr. Niederl.

Buchhaltungsdirektor Zimmermann: Es sind fünf oder sechs Firmen angeschrieben worden und die meisten Firmen haben gesagt, sie finanzieren solche Investitionen nicht, weil das kein klassisches Immobilienleasing ist.

Gemeinderat Dummer: Was war dann die Überlegung dafür, das über Leasing zu finanzieren und nicht über ein Darlehen oder einen Kredit, wenn hier die Leasinggesellschaften offensichtlich Bedenken haben?

Buchhaltungsdirektor Zimmermann: Wir haben das gemeinsam mit Herrn Dr. Niederl wir ausgeschrieben.

Bürgermeister Laab: Wir haben an ihn die Beauftragung und die Finanzierungsausschreibung vergeben. Es ist diese Finanzierung ausgeschrieben worden. Es wurden hier € 530.000,-- ausgeschrieben und die Förderung mit € 159.000,-- wird als Mietvorauszahlung von 30% eingebracht und damit ist der Rest sozusagen die Finanzierung.

Gemeinderat Dummer: Die Kondition ist halt das, was mich irritiert, weil wir doch relativ hohe Zinsen zahlen. Wir haben jetzt eine Niedrigzinsphase, der Euribor ist ja negativ, das heißt, wir haben einen Aufschlag von 1,75%. Wir haben schon bei den letzten Finanzierungen sehr hohe Aufschläge und es ist die Frage, woran das liegt, ob da jetzt die Bonität der Gemeinde so schlecht eingeschätzt wird, weil jetzt Aufschläge von 1,5%, 1,75% liegen doch deutlich über allem, was wir bisher hatten. Noch dazu dass es offensichtlich nur einen Anbieter gab, wäre doch einmal sinnvoll, sich damit auseinander zu setzen, wie die Banken oder auch die Leasinggesellschaften derzeit die Bonität unserer Stadtgemeinde einschätzen, oder was der Grund ist, weil ich das auch im Protokoll gelesen habe, dass keinen Anbieter mehr gibt für Finanzierungen oder meistens nur noch einen von zehn, dass wir uns vielleicht wirklich einmal damit auseinandersetzen, mit den Banken spricht, was da der Hintergrund ist, weil € 500.000,-- ist jetzt nicht ein so kleines Volumen. Eine Marge von 1,76% oder 1,75% ist ungefähr das, was ein Privater derzeit bekommt und in der Vergangenheit war die Gemeinde doch immer wesentlich günstiger in der Lage zu finanzieren.

Bürgermeister Laab: Herr Gemeinderat Dummer, ich bin doch verwundert, weil die letzte Gemeinderatssitzung ist ja noch nicht so lange her und da haben wir genau dasselbe Thema gehabt und ich habe Ihnen die Erklärung gegeben, warum wir hier mit den Banken selbstverständlich gesprochen haben, woran es liegt, dass die Angebote hier spärlich kommen und dieses jetzige fällt genau da wieder darunter. Weil die Banken uns aufgrund ihrer internen Prüfrichtlinien und Vorschriften, die sich immer mehr verschärfen, gesagt haben, dass sie bei kleineren Beträgen, und leider Gottes zählen diese Beträge zu kleineren Beträgen für die Banken, hier es schwierig haben und in der Regel oft keine Angebote abgeben. Banken sind halt interessiert an höheren Finanzierungen und nicht an Beträgen, die, ich weiß es nicht, ob das die Grenze ist, aber ich schätze einmal, wenn es in die Richtung einer Million geht, ist das Interesse größer, als wenn hier die Finanzierung in einem niedrigeren Ausmaß wäre. Das haben wir da besprochen und daher ist auch heute wieder die Erklärung. Ich verstehe schon, dass man vielleicht versucht und sagt, ist die Bonität der Gemeinde so schlecht, damit man das unterbringt. Aber wir haben es besprochen, wir haben es erklärt und es gibt noch immer diese Erklärung, Herr Zimmermann hat keine gegenteilige Information und das ist einfach der Grund.

Gemeinderat Dummer: Erstens war ich bei der letzten Sitzung nicht da, also darum habe ich das im Protokoll nachgelesen. Deswegen haben Sie mir das das letzte Mal nicht erklärt. Derer Betrag letztes Mal war € 900.000,--, das ist ja knapp an einer Million und es sind eben zwei Faktoren. Erstens wir kriegen keine Angebote mehr und zweitens zu deutlich höheren Konditionen als es in der Vergangenheit der Fall war. Ich war jetzt 31 Jahre im Bankengeschäft und da weiß ich schon, was das üblicherweise heißt. Nämlich, dass die Bank da Bedenken hat und das sollte man, denke ich, gerade mit den lokalen Banken klären oder einmal ein Gespräch suchen mit den Direktoren und nichts anderes war jetzt meine Anregung, um das zu hinterfragen. Ich kann es ja nicht sagen, dass es so ist, aber es wäre wert, wenn ich von zehn Banken nur mehr von einer ein Angebot bekomme und das zu überhöhten Konditionen, da einmal nachzufragen. Geht das?

Bürgermeister Laab: Das habe ich gerade erklärt, dass wir gesprochen haben.

Gemeinderat Pfeiler: Grundsätzlich möchte ich herausstreichen, dass die Umrüstung oder Teilumrüstung auf LED eine sehr, sehr positive Maßnahme ist und ich möchte mich bei Herrn Ehn bedanken, dass er das Projekt aufgegriffen und fortgeführt hat, gemeinsam mit den anderen Verantwortlichen in der Verwaltung, weil es wirklich wichtig war, dieses Projekt umzusetzen, daher beurteilen wir das grundsätzlich positiv. Zur Finanzierung - meine Gedanken dazu sind die, dass das Projekt sich nach wenigen Jahren amortisiert - 3,7 Jahre steht im Amtsbericht. Jetzt nehmen wir ein Leasingangebot mit 9 Jahren an. Eigentlich wäre das ein wunderbares Projekt gewesen, das wir aus dem Zukunftsfonds GF48 hätten speisen können. Wir hätten da die halbe Million herausnehmen können und hätten eigentlich aus den laufenden Energieeinsparungen nach drei, vier Jahren den Zukunftsfonds wieder aufdotieren können und hätten zum Schluss wieder den Zukunftsfonds gehabt, wiederum für neue zukunftsweisende Projekte ähnlich wie diese LED-Beleuchtung. Der Fonds ist leider weg, es wäre genau so ein Musterbeispiel gewesen, mit diesem Fonds seiner ursprünglichen Zweckbestimmung folgend zu arbeiten und zu hantieren, daher müssen wir jetzt auf diese Finanzierung zu welchen Konditionen auch immer zurückgreifen. Das ist ein bisschen schade, aber es ist dennoch wichtig, es anzumerken und daran zu erinnern.

**Beschluss:**

**einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0

Prostimmen:	SPÖ	15
	ÖVP	10
	FPÖ	3
	GRÜNE	3
	NEOS	0

## **V. Antrag gemäß § 46 Abs. 1 NÖ GO 1973**

### **1.) Wahrnehmung der Gesellschaftsrechte in der Kommunale Immobilien Liegenschaftsverwaltungs- und verwertungsgesellschaft m.b.H. Stockerau (KIG)**

*Gemeinderat Dummer:* Antrag der ÖVP. Aus zahlreichen Gründen sollte aus Sicht der ÖVP die Wahrnehmung der Eigentümerrechte und jener des Aufsichtsratsvorsitzenden der Kommunalen Immobilien und Liegenschaftsverwaltungs- und –verwertungsges.m.b.H. Stockerau kurz KIG unbedingt entflochten werden.

**Der Antrag lautet:** Der Gemeinderat der Stadt Stockerau wolle daher beschließen,

- die Wahrnehmung der Eigentümerrechte der Stadt Stockerau an der Kommunalen Immobilien und Liegenschaftsverwaltungs- und –verwertungsges.m.b.H. Stockerau KIG dem Gemeinderat der Stadt Stockerau zu übertragen und
- die Errichtungsurkunde für die KIG diesbezüglich entsprechend anzupassen.

Der Hintergrund ist der, dass derzeit ja die Situation gegeben ist, dass die Gesellschafterrechte an der KIG – die Stadtgemeinde ist zu 100 % Eigentümer der KIG – und der Vertreter der Stadtgemeinde in der Generalversammlung ist der Bürgermeister. So ist es bestimmt in der Errichtungsurkunde. Die Generalversammlung, nur zur Erinnerung, die hat relativ weitreichende Rechte, also Übertragung von Gesellschaftsanteilen, also Anteile der Gesellschaft können übertragen werden, die Prüfung und die Genehmigung des Jahresabschlusses und die Beschlussfassung über die Geschäftsergebnisse, die Entlastung des Geschäftsführers und des Aufsichtsrates, die Änderung des Gesellschaftsvertrages, Bestellung des Abschlussprüfers, bis hin zur Auflösung der Gesellschaft. Das führt natürlich in manchen Bereichen auch zu Interessenskonflikten, wenn jetzt der Aufsichtsrat und auch Vorsitzende des Lenkungsausschusses im Aufsichtsrat ist einerseits für die Erstellung der Bilanz und für die Prüfung der Bilanz zuständig und andererseits eben in Personalunion als Eigentümervertreter auch für die Genehmigung der Bilanz und für die Entlastung des Aufsichtsrats und des Geschäftsführers. Das ist praktisch in vielen Bereichen eine Einmann-Gesellschaft, und letztendlich hat aber der Gemeinderat für die KIG, für die 100-prozentige Tochtergesellschaft der Stadtgemeinde Stockerau die volle Verantwortung, übernimmt die Haftungen, aber das einzige, was eben derzeit im Gemeinderat beschlossen wird, ist eben die Übernahme von Haftungen für Darlehen, aber alle anderen Beschlüsse trifft der Herr Bürgermeister in der Generalversammlung alleine. Das, denken wir, wäre sinnvoll einmal anzupassen an die Gegebenheiten und auch Verantwortlichkeiten, weil letztendlich, wenn irgendetwas schief geht, müssen wir als Gemeinderat da auch die Verantwortung übernehmen.

Und darum eben der Antrag, wenn ich das noch einmal verlesen darf, der Gemeinderat der Stadt Stockerau wolle daher beschließen, die Wahrnehmung der Eigentumsrechte der Stadt Stockerau an der Kommunalen Immobilien und Liegenschaftsverwaltungs- und –verwertungsges.m.b.H. Stockerau KIG dem Gemeinderat der Stadt Stockerau in Zukunft zu übertragen, sodass eben die Aufgaben der Generalversammlung hier im Gemeinderat wahrgenommen werden.

Stadtrat Kube: Ja ich möchte dazu sagen, die KIG ist ein privatrechtliches Unternehmen, hat einen eigenen Aufsichtsrat, der sogar vor einiger Zeit noch erweitert wurde, also es sind genug Personen im Aufsichtsrat vertreten, und damit bin ich der Meinung, dass dieses Thema eigentlich ein Thema für den Aufsichtsrat ist und nicht in der Gemeinderatssitzung.

Bürgermeister Laab: Ich möchte nur darauf hinweisen, dass es hier folgende rechtliche Grundlage gibt. Eine abweichende Vertretung nach außen ist nur gestattet, wenn es eine entsprechende gesetzliche Bestimmung gibt. Die gibt es aber nicht, weil die Gemeindeordnung sieht vor, dass der Bürgermeister die Vertretung nach außen hat; das steht im § 37 Abs.1 der NÖ Gemeindeordnung, das heißt auch die Eigentümerversammlung nach außen ist der Bürgermeister. Also das ist die Rechtsauskunft, die ich dazu habe und damit stellt sich für mich die Diskussion eigentlich nicht.

Gemeinderat Falb: Also was diese Rechtsauskunft betrifft, so würde ich wirklich vorschlagen, dass man eine schriftliche Rechtsauskunft seitens der Gemeinde einholt. Ich glaube, dass das nicht so ist. Wir glauben, dass diese Rechte sehr wohl auch dem Gemeinderat übertragen werden können. Wir handeln ja nicht und stellen den Antrag ja nicht aus Jux und Tollerei, wie man meinen könnte, sondern deshalb, weil sich die KIG in einer sehr prekären Situation befindet. Diese prekäre Situation führt ja auch dazu, dass wir uns fast in jeder Gemeinderatssitzung mittlerweile damit beschäftigen und die prekäre Situation ist auch nicht neu. Wir denken, dass dieser Übergang dieser Eigentümerversammlung an den Gemeinderat schluss- und folgerichtig wäre.

Zwei Dinge noch von meiner Seite. Wir haben ja noch einen zweiten Antrag mit einer Reihe von Fragen an Sie, Herr Bürgermeister, gestellt – wir haben einen eigenen Tagesordnungspunkt auch verlangt. Ich halte fest: Sie haben diesen Tagesordnungspunkt in die nichtöffentliche Sitzung verlegt, aus Gründen, die für uns jedenfalls nicht nachvollziehbar sind. Es geht ja weder um einen Hoheitsakt, es geht auch nicht um ein Steuergeheimnis Die Gemeinde ist zu 100% Eigentümerin dieser Gesellschaft, das heißt es können auch hier keine Interessen eines Miteigentümers verletzt werden. Das bedeutet, wir müssen das zur Kenntnis nehmen. Es obliegt Ihnen, kraft Sitzungspolizei, den Tagesordnungspunkt nicht öffentlich zu verhandeln, aber wir werden jedenfalls in der nicht öffentlichen Sitzung den Antrag stellen, eine Rückverweisung in die öffentliche Sitzung zu machen.

Die zweite Geschichte, die ich abschließend sagen möchte, die so bezeichnend ist für diese ganze KIG-Sache, ist mir eher zufällig heute Abend bei der Vorbereitung auf die Gemeinderatssitzung in die Hände gefallen.

Ich lese Ihnen noch einen Antrag vor: Der Gemeinderat der Stadt Stockerau möge beschließen, die Ausgliederung der KIG einer umfassenden Evaluierung zu unterziehen. Es soll untersucht und dem Gemeinderat darüber berichtet werden, welche Auswirkung die Ausgliederung der KIG bisher in den Jahren bis 2015 auf den Haushalt und die Vermögenssituation der Stadtgemeinde Stockerau hatte bzw. voraussichtlich haben wird. Die Finanzsituation der aus-

gegliederten Einrichtung ist in diese Betrachtung mit einzubeziehen. Die Evaluierung soll durch einen unabhängigen Fachmann durchgeführt werden und den Gemeinderat in die Lage versetzen, sich über Erfolg oder Misserfolg der Ausgliederung der Kommunalen Immobilien und Liegenschaftsverwaltungs- und -verwertungsges.m.b.H. Stockerau zu verschaffen. Diesen Antrag stelle ich nicht heute, sondern diesen Antrag habe ich gestellt am 11. Mai 2011 – also vor mehr als fünf Jahren, den hat nicht wie viele Anträge von uns das Schicksal ereilt, dass er abgelehnt wird, sondern er wurde hier mit Enthaltung der FPÖ, aber jedenfalls auch mit Zustimmung der Sozialdemokratischen Fraktion und der Grünen beschlossen – in dieser Gemeinderatssitzung. Ich habe heute extra noch einmal das Protokoll der Sitzung auf der Homepage der Stadtgemeinde angesehen. Was mir nur nicht bekannt ist, aber man möge mir widersprechen, ob diesem Antrag seitens der Stadtgemeinde tatsächlich irgendwann nachgekommen wurde, oder ob man die letzten fünf Jahre eigentlich weiterhin so schleifen hat lassen die Situation, wie sie sich heute darstellt. Das wollte ich gesagt haben, zu mehr Details der KIG sind wir hier jetzt einmal nicht berechtigt in der öffentlichen Sitzung zu reden, aber gesagt wollte ich es haben. Wir haben dann noch immer Gelegenheit erstens einmal darüber zu diskutieren, ob wir es nicht doch öffentlich besprechen sollten und sollten wir dazu mit unserem Antrag nicht durchkommen, müssen wir ohnehin in der nichtöffentlichen Sitzung dann diese Fragen im Detail besprechen.

*Gemeinderat Dummer:* Die rechtliche Frage, welche angesprochen ist, ist sicher zu hinterfragen oder zu klären. Was ich noch sagen wollte zur Wortmeldung von Herrn Kube ist, dass ja der Aufsichtsrat und die Generalversammlung unterschiedliche Aufgaben haben, aber mehr oder weniger in Personalunion geführt werden. Also der Aufsichtsratsvorsitzende ist der Herr Bürgermeister und die Generalversammlung ist der Herr Bürgermeister auch und im Aufsichtsrat nicht alleine, wie wohl der Aufsichtsrat doch sehr paritätisch besetzt ist. Die Generalversammlung ist der Bürgermeister alleine. Die Aufgaben sind unterschiedlich, eigentlich sollte die Generalversammlung den Aufsichtsrat kontrollieren. Aber es wird immer schwieriger, wenn ich mich selbst kontrolliere, wie weit effektiv die Kontrolle auch ist und das passt eben in den Kontext, dass da eben in der Vergangenheit sehr wenig berichtet wurde über die Entwicklung in den letzten sieben Jahren. Was ist in dieser KIG passiert? Ich möchte nur in Erinnerung rufen, da sind immerhin € 53 Mio. Vermögenswerte der Stadt Stockerau drinnen und eben auch € 53 Mio. Bankkredite, die von der Stadtgemeinde mit einer Haftung unterlegt sind.

*Stadtrat Moser:* Die Rechtsauskunft, die Sie verlesen haben, liegt uns klarer Weise nicht vor, wird aber wahrscheinlich richtig sein, dass normalerweise der Bürgermeister der rechtliche Vertreter nach außen ist. In allen Angelegenheit und daher grundsätzlich auch bei der Wahrnehmung von Gesellschafterrechten. Aber man kann, wenn der Gemeinderat das befindet, sicher jede andere Vertretung nach außen vornehmen, wenn das eben die Mehrheit des Gemeinderates wünscht, für richtig hält und ich glaube, dass es in dem Fall wirklich nicht abwegig ist, so etwas zu überlegen, weil, wie der Herr Dummer schon gesagt hat, die wichtigste Aufgabe oder eine der wichtigsten der Generalversammlung ist, die Entlastung des Geschäftsführers und des Aufsichtsrates. Und wenn jetzt eben der Herr Bürgermeister zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates gewählt wurde, auch von der Generalversammlung möchte ich dazu sagen, also von sich selbst, dann liegt da wirklich eine Selbstkontrolle vor und daher ist es, glaube ich, legitim, den Punkt zu thematisieren. Die Rechtsauskunft, die ich jetzt nur mündlich gehört habe, wird richtig sein, aber man kann da mit Sicherheit aus guten Gründen davon abweichen und diese guten Gründe liegen, glaube ich, hier vor.

Gemeinderat Pfeiler: Die Intention des Antrages kann ich schon auch nachvollziehen aus meiner Wahrnehmung heraus, dass die Fragen, die sich zur KIG aufdrängen, wenn man die Finanzen studiert, wenn man dann daneben den Haushalt der Gemeinde hinlegt, dass da viele Fragen auftauchen, die meistens dann zu Folgefragen führen. Ich verspüre da immer sehr starkes Unbehagen auch bei diesen Dingen, weil man stößt hier an Grenzen, wo letzten Endes - einerseits haben wir Vermögen in dieser KIG ausgelagert, das bleibt jetzt öffentliches Vermögen, aber dieses öffentliche Vermögen, eben diese rund über € 50 Mio. Anlagevermögen und sonstige Verbindlichkeiten, die sich dann an die € 60 Mio. addieren, sind eigentlich öffentliches Vermögen und so wie es momentan konstruiert ist, ist diese Vermögen weitestgehend der Kontrolle des Gemeinderates völlig entzogen. Ich sag einmal, wenn in der Gesellschaft alles gut laufen würde und wenn die Bilanzen und der Rechnungsabschluss alles schlüssig nachvollziehbar wäre und die wirtschaftliche Lage eine bessere wäre, könnte man mit dem wahrscheinlich leben und wäre gut arbeitsfähig. Aber vor dem Hintergrund, dass hier eigentlich viele Dinge unklar sind und viele Fragen offen sind, kann ich den Antrag schon sehr gut nachvollziehen und mit meiner Wahrnehmung auch unterstützen. Was ich jetzt nicht überprüfen kann, ist die rechtliche Situation, wie das wirklich ist und ob das im Sinne der Gemeindeordnung und des Gesellschaftsvertrages so anpassbar ist, aber die Tendenz des Antrages kann ich schon sehr gut nachvollziehen.

Bürgermeister Laab: Ich darf das nur korrigieren, weil das jetzt auch anderen aufgefallen ist. Also gewählt ist der Aufsichtsratsvorsitzende vom Aufsichtsrat einstimmig und nicht die Generalversammlung hat den bestimmt, also das ist vielleicht auch noch zu korrigieren, weil es ist halt immer schwierig, oder ein Unterschied, wenn man bei der Vorgeschichte mit dabei war, weil da hat ja auch der Gemeinderat seinerzeit im Jahr 2008 die ganzen Beschlüsse einstimmig gefasst, die jetzt in Frage gestellt werden, oder ob man nachher erst in die Sache eingestiegen ist und einem daher vielleicht Vorinformationen fehlen.

**Beschluss:** mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	15
	ÖVP	0
	FPÖ	3
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	10
	FPÖ	0
	GRÜNE	3
	NEOS	0

## **2.) Kurzparken in Stockerau**

*Gemeinderat Falb:* Wir wollten einmal die Kurzparksituation in Stockerau aufgreifen und uns mit der Idee einbringen bzw. mit dem Vorschlag an der Kurzparkregelung zwar festzuhalten, aber für Stockerauerinnen und Stockerauer eine Jahreskurzparkkarte zu schaffen, mit der man ein Fahrzeug dann gegen eine noch festzulegende und noch zu diskutierende Jahresgebühr im Rahmen der Kurzparkzone, also nicht als Dauerparker, so darf das nicht verstanden werden, sondern jeweils für die eineinhalb Stunden im Stadtgebiet von Stockerau abstellen darf. Wir würden diesen Vorschlag insofern jetzt behandelt wissen, als dass wir ihn gerne im Finanzausschuss bei der nächsten Sitzung im Detail besprechen wollen, um insbesondere die Zustimmung auch der anderen Fraktionen dafür zu bekommen, andererseits muss man sich auch die Wirtschaftlichkeit dieses Antrages ansehen, wie hoch kann so eine Jahreskurzparkgebühr sein. Da legen wir uns nicht von Haus aus fest, ich glaube das sollte man im Detail prüfen, aber ich **stelle den Antrag** auf die Sitzung des nächsten Finanzausschusses der Stadt Stockerau den Antrag zur Einführung einer Jahreskurzparkkarte für Stockerauerinnen und Stockerauer aufzunehmen.

*Gemeinderat Minibeck:* Eine Jahreskurzparkkarte – dem kann ich jetzt nicht ganz folgen. Eine Jahreskurzparkkarte für eineinhalb Stunden. Eine Runde fahren und dann wieder eineinhalb Stunden zwei Meter weiter hinstellen.

*Gemeinderat Falb:* Dieses Problem kann man ansprechen im Zusammenhang mit Kurzparken allgemein, aber dieses Problem haben Sie in der nichtgebührenpflichtigen Kurzparkzone, bei solchen, wo Sie mittels Jetoneinwurf einen einmaligen oder mehrmaligen Kurzparkschein haben, dasselbe Problem haben Sie beim Telekurzparken, also wenn Sie mit Hilfe einer Handy-App ein Kurzparken haben, also diese Problem haben alle Kurzparkmodelle per se, da gibt es eine gewisse Vollzugspraxis aller Behörden und in der Überwachung, aber damit ist nicht unser Modell per se behaftet.

*Gemeinderat Minibeck:* Damit ich das richtig verstehe, Stockerauerinnen und Stockerauer brauchen sich in Stockerau keine Kurzparkzonenkarte lösen und zahlen nichts?

*Gemeinderat Falb:* Ohja, die löst er sich zu einem bestimmten, festzulegenden Preis aber Pauschale.

*Stadtrat Holzer:* Das ist eine Diskussion, die hat es schon öfter gegeben, als erstes – der Vorschlag, dass man im Finanzausschuss darüber redet, soll mir recht sein, es ist eh üblich, dass man im Ausschuss darüber redet, da geht es um Kohle, da geht es um Geld – das gehört sicher dorthin. Es gehört einmal geprüft, wie das rechtlich ausschaut, glaube ich einmal. Weil nur jetzt € 500--, € 1.000,-- oder € 300,-- verlangen, das wird zu wenig sein. Es gibt ja Gesetze, die Kurzparkzonenverordnung – ich will auch nicht in Abrede stellen, dass so etwas funktioniert, aber man soll die rechtlichen Rahmenbedingungen einmal prüfen, weil die Höhe der Jahreskartengebühr ist in Wahrheit das kleinste Problem.

*Gemeinderat Falb:* Dazu zwei kurze Antworten: Punkt 1 wir sind der Auffassung, dass das juristisch möglich ist, weil in welcher Form, in welcher Höhe die Parkgebühr eingehoben wird, ist an sich Sache der Gemeinde. Daher wäre es aus unserer Sicht auf alle Fälle zu machen. Wir haben deshalb den Vorschlag gemacht, Finanzausschuss, weil sich die verkehrspo-

litische Idee – da ändert sich ja nicht. Wir sind nicht dafür, dass man die Kurzparkzone in eine Dauerparkzone umwandelt. Aus unserer Sicht ist es eine große Änderung der Vergebühung, wenn Sie so wollen, und daher haben wir gesagt, Gebührenangelegenheiten sind normalerweise im Finanzausschuss zu behandeln. Wir versperren uns aber sicher nicht dagegen, das Modell auch in anderen Ausschüssen zu diskutieren.

Gemeinderätin Weiss: Und der große Vorteil ist, die Gemeinde hat im Voraus das Geld, falls es wirklich kommen sollte, weil es wird im Voraus bezahlt, diese Jahreskarten.

Gemeinderat Dummer: Ist für die Bürger an sich eine Erleichterung. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber mir geht es manchmal auch so, dass man dann halt grad kein Kleingeld einstecken hat, beim Handyparken bin ich nicht registriert und dann fehlen mir gerade 10 Cent oder 20 Cent und zwei Euro kann ich nicht hineinwerfen, das ist zu viel und dann muss man halt irgendwo hin wechseln gehen. Die Automaten an sich sind nicht unbedingt bequem. Mit dieser Lösung, da ist der eine oder andere durchaus auch bereit zu sagen, ich brauch das gar nicht so intensiv, ich nütze das gar nicht so arg und normal zahle ich im Jahr vielleicht 20 Euro, aber mir ist das jetzt 50 Euro wert im Jahr, dass ich kein Kleingeld mithaben muss, dass ich nicht zum Automaten rennen muss, wenn es regnet, dass ich nicht suchen muss, wo steht der nächst Automat, weil oft ist es so ich finde irgendwo einen Kurzparkplatz und der Automat ist dann hundert Meter weg, dann muss ich hinrennen, schauen ob ich die Münzen habe – und das würde man sich alles ersparen.

Gemeinderat Minibeck: Grundsätzlich ist es ja so, dass es schon Bewohner gibt, die eine Jahreskarte bekommen und bezahlen, weil sie in der Kurzparkzone wohnen. Abgabenhöhe ist mir jetzt nicht bekannt. Wie geht man dann mit denen um?

Gemeinderat Dummer: Das sind ja Dauerparker.

Bürgermeister Laab: Wir können gern diese Ausschusssitzung jetzt abhalten, das führt ja zu einem Zwiegespräch zwischen dem Ganzen. Ich halte grundsätzlich die Idee über die Kurzparkzone zu diskutieren, ob das die Jahreskarte ist, ob die Form der Kurzparkzone noch so gerechtfertigt ist. Die Idee ist meiner Ansicht nach gut und man sollte, wenn so etwas schon so lange installiert ist, wieder einmal darüber reden, ob das noch zeitgemäß ist, ob es hier andere Möglichkeiten gibt. Nur, ob das im Ausschuss von Stadtentwicklung und Verkehr stattfindet oder im Finanzausschuss - ich glaube, beginnen sollte man mit dem Ausschuss, der von diesen beiden als erster stattfindet, dass man hier das entwickelt und dann schaut, ob es zu einer Umsetzung kann. Das hat auch Herr Mag. Falb gesagt, das wirtschaftlich zu betrachten und schlussendlich leben wir auch von den Einnahmen in einer gewissen Art und Weise und die müssen auch betrachtet werden, wie schaut die in Zukunft aus, wie können wir hier auch gleichzeitig ein Angebot stellen, das attraktiv ist für die Stockerauer und auf der anderen Seite auch die Verweildauer so einschränken, dass die Geschäftsinhaber auch die Chance haben, dass ihre Kunden einen Parkplatz bekommen. Wir wollen da ja kein Ungleichgewicht herbeiführen. Also ich würde empfehlen, das in einem der beiden Ausschüsse zu behandeln, die Idee zu entwickeln.

Stadtrat Holzer: Ich habe auch eine Bitte an alle, die hier sitzen, wir könnten ja auch unsere Kurzparkscheine bewerben. Wenn man das weiß, dann braucht man nicht zum Automaten

gehen, sondern hat so wie in Wien zehn im Auto liegen und kann das Kreuzerl machen. Das könnten wir auch bewerben.

*Stadträtin Völkl:* Das ist ein guter Hinweis, das habe ich auch nicht gewusst, aber könnte man das vielleicht in „Unsere Stadt“ hinein bringen?

*Bürgermeister Laab:* Auch das war genau ein Punkt, warum ich gemeint habe, allgemein über die Kurzparkregelung zu diskutieren – Behandlung ein einem der beiden Ausschüsse – Finanzausschuss oder Stadtentwicklung und Verkehr – Rahmenbedingungen, rechtliche Erfordernisse, attraktiver zu machen. All das gehört besprochen, wie es zukünftig aussehen soll.

**Abstimmung über Behandlung der Kurzparkregelung entweder im Ausschuss Finanzen oder Stadtentwicklung und Verkehr.**

**Beschluss:** **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	15
	ÖVP	10
	FPÖ	3
	GRÜNE	3
	NEOS	0

**3.) ÖBB- Taktfahrplan**

*Gemeinderat Hetzendorfer:* Nach uns vorliegenden Informationen wird derzeit eine Änderung des Fahrplanes der Schnellbahn an der Nordwestbahnstrecke durch die ÖBB vorbereitet und da soll auch die Umstellung des Taktfahrplans ab und nach Floridsdorf, also nach Wien und von Wien heraus, in einem Viertelstundentakt erfolgen und anders als ursprünglich vorgesehen, soll dieser verkürzte Takt aber nur Fahrten nach und von Korneuburg beinhalten und Stockerau bliebe davon leider ausgeklammert. Die ÖVP lehnt das entschieden ab und eigentlich, denke ich, sollte das im Interesse aller Parteien sein, vor allem für die Bahnpendler, die

wochentags täglich die Bahn nutzen. Wir halten das für wichtig und es wird schon lange die Verkürzung der Intervalle gefordert. Viele Studierende und Arbeitende haben eigentlich keinen Zugriff auf ein Auto bzw. auf einen Parkplatz und sind auf die Bahn angewiesen. Die Züge sind aufgrund der jetzt guten Parkplatzsituation in Stockerau durch das Parkdeck, das wir ja Gott sei Dank seit einiger Zeit haben, extrem stark frequentiert, nämlich nicht nur von Stockerauern, sondern vor allem auch von Hollabrunnern und unter anderem sogar von Hornern, das sieht man immer wieder, und man kann sich vorstellen, dass die Züge daher eigentlich täglich zum Bersten voll sind. Vor allem zu den Stoßzeiten natürlich, die man gezwungen ist, zu beanspruchen. Nicht zu vergessen ist auch die Attraktivität, die damit für den Standort Stockerau in Wirtschaft und Tourismus einhergeht. Das ist eben auch ein Punkt, den wir gegenüber Korneuburg nicht vergessen sollte, man könnte da unter Umständen auch ins Hintertreffen geraten, wenn wir da nicht gleichziehen mit denen. Ich kann daher nur im Sinne aller Bahnpendler und auch des Standortes ersuchen, dass man bei dieser 15-Minuten-Taktung wirklich am Ball bleibt, und eben weiterhin forciert, dass es eben bis Stockerau geführt wird.

Ich darf daher bitte den **Antrag** dem Gemeinderat zum Beschluss vorlegen:

Der Bürgermeister von Stockerau möge

- über den tatsächlichen Planungszustand der ÖBB in dieser Angelegenheit Erkundigungen einziehen,
- sich nachhaltig für Einführung des Viertelstundentaktes von und ab Stockerau einsetzen und
- dem Gemeinderat bitte in der nächsten Sitzung des Gemeinderates darüber berichten.

*Bürgermeister Laab:* Ich bin immer schon dafür gewesen fürs Reden miteinander und nicht über die Medien, und zu fragen, wenn man irgendetwas möchte. Das ist kommt in diesem Punkt sehr deutlich hervor. Es wird dem Bürgermeister jetzt ein Antrag vorgelegt, es wird ihm auch über die Medien ausgerichtet, er soll sich um den Viertelstundentakt kümmern. Natürlich weiß der Bürgermeister von Stockerau, was seine Aufgaben sind, und wir brauchen nicht auf die nächste Gemeinderatssitzung warten. Ich kann Ihnen jetzt den momentanen Stand berichten und habe mich natürlich auch dafür eingesetzt. Es ist so. Die ÖBB hat offiziell mir jetzt diese Nachricht übermittelt, das ist der letzte Stand.

Der Verkehrsverbund Ost-Region VOR GmbH. hat im Amtsblatt der Europäischen Union die Verdichtung des S-Bahnverkehrs im Abschnitt Wien bis Stockerau gemäß EU-Verordnung 1370/2007 angekündigt. Das Verkehrskonzept sieht die Verdichtung des Schnellbahnverkehrs während der Hauptverkehrszeit und die Verknüpfung der Züge mit dem Fahrplan der Stammstrecke in Wien vor. Der derzeitige Stand ist, dass die ÖBB ein entsprechendes Angebot an den VOR gelegt hat, die weiteren Schritte bis zu einer möglichen Umsetzung – das wird angestrebt mit dem heurigen Fahrplanwechsel – sind jedoch noch Bestandteil von internen Abstimmungen seitens des VOR.

Das ist der Stand, so schaut es aus, also hätte man mich einfach gefragt, dann hätten wir das schon vorher berichten können, aber es ist natürlich besser und medienwirksamer, wenn man das unter verschiedenen Rahmenbedingungen macht. Das sind die Fakten und natürlich sind wir dahinter, dass, wenn ein Viertelstundentakt kommt, auch Stockerau die Endstelle dieses Viertelstundentaktes ist, weil so weit die zweigleisige Strecke geht. Also damit, weiß ich nicht, ob man das jetzt noch abstimmen muss, weil die Antwort ist da.

Gemeinderat Falb: Nur zwei Fragen ganz kurz. Von wann ist diese Auskunft?

Bürgermeister Laab: Ich habe die Auskunft telefonisch gehabt und noch heute, damit ich das schriftlich habe, weil man mir das sonst nicht glaubt, das verlangt, dass man mir ein Email schickt. Das habe ich heute schriftlich noch nachverlangt, aber gesprochen haben wir schon laufend, weil wir hier eine Möglichkeit haben und eine Verbindung mit den vielen Dingen, die wir mit der ÖBB besprechen, einen Ansprechpartner haben, wo wir derartige Dinge hinterfragen kann.

Gemeinderat Falb: Das zeigt dann aber, dass das dann Sinn macht. Ich wollte Ihnen nichts unterstellen, aber es könnte durchaus sein, wenn das nicht in der Öffentlichkeit gewesen wäre, dass heute diese Auskunft nicht gekommen wäre. Außerdem, wie gesagt, haben wir vor einer Woche diesen Tagesordnungspunkt beantragt.

Aber aus dem Wortlaut dieser Antwort von seitens der ÖBB geht überhaupt nicht hervor, was das jetzt tatsächlich für diese Frage heißt. Also nach meine Einschätzung dieser Situation ist das dann so, der kann eingeführt werden bis Stockerau, aber es ist alles offen eigentlich. Uns ging es eben darum, dass die Entscheidung für den Viertelstundentakt bis Stockerau fällt. Hier legt sich ja niemand fest, weder für noch gegen den Viertelstundentakt. Das ist auch in Ordnung so, ich verfasse selber viele solche Schreiben von berufswegen, der Hintergrund ist jedenfalls – die Frage ist offen. Ich glaube, die Pendler, die von Stockerau wegpöndeln, haben das Recht, dass sie seitens der Gemeinde auch voll unterstützt werden und darum und nichts anderes bitten wir und wir halten es daher sehr wohl für nötig, diesen Antrag abzustimmen, weil die nächste Gemeinderatssitzung ist im Herbst und jetzt fallen möglicherweise die Entscheidungen. Da hätten wir halt dann gern gewusst, was wurde unternommen in der Zwischenzeit, in welche Richtung geht die Entscheidung, ich glaube wir sollten da massiv auf die Barrikaden steigen.

Gemeinderat Hopfeld: Wir hätten sicher dieses Thema nicht aufgenommen, wenn nicht dauernd das Gerücht herumkuriert im Bezirk, dass der Viertelstundentakt nur bis Korneuburg geht. Und das habe ich nicht nur einmal gehört, sondern x-mal in Regionssitzungen und warum kann man das nicht weitertragen, dass wir uns dafür einsetzen, dass der Herr Bürgermeister hier Druck macht. Nicht dass es dann heißt, jetzt ist es leider ein bisschen zu spät, was anderes war der Antrag sicherlich nicht.

Bürgermeister Laab: Ich bin dankbar für die Aufforderung und werde in Zukunft dann die lokalen Medien mehr bemühen, um hier dann auch den anderen Mitgliedern des Gemeinderates Dinge und Situationen auszurichten; aber noch eines! Natürlich ist die ganze Geschichte noch nicht abgeschlossen, aber ich weiß nicht, der Herr Mag. Falb – die ÖBB gibt ein Angebot mit den technischen Rahmenbedingungen, wie das möglich wäre, an den VOR. Die handelnde Gesellschaft, was diese ganzen Zonen und das alles betrifft, ist der VOR. Und jetzt ist es natürlich so, dass man mit dem VOR schauen muss, wie hier diese Kosten – ob die dann umgesetzt werden, diese technischen Rahmenbedingungen und die Kosten, die damit verbunden sind, dann auch abgewickelt werden. Aber ich werde sicher die freundliche Aufforderung aufnehmen und werde halt als erstes dann den Herrn Mag. Glück informieren und ihn bitten, dass er das dann an alle Interessierten weitergibt, wenn wir Genaueres wissen und im Herbst diese Umsetzung möglich ist mit dem Fahrplanwechsel. Wir werden nicht warten bis zur nächsten Gemeinderatssitzung naturgemäß, weil die Entscheidungen laufend fallen in diesen Gesellschaften und der Fahrplanwechsel rückt näher und da können natürlich auch vorher die

entsprechenden Entscheidungen getroffen werden. Also Sie können sicher sein, dass man hier weiter am Ball bleiben wird und dass man sich dafür auch einsetzen wird, wie ich das schon in der Vergangenheit gemacht habe, dass hier natürlich auch die Stockerauer diesen Komfort von Fahrplan für unsere Bürgerinnen und Bürger bzw. unsere Pendler, die hier von Stockerau wegfahren, haben. Wenn man sich das in der Praxis anschaut, dann sieht man, was sich hier in Stockerau am Bahnsteig tut und was sich in Korneuburg tut. Dadurch sind wir natürlich auch kein unattraktiver Partner, weder für den VOR noch für die ÖBB, das muss man auch sagen, wir haben schon ein bisschen ein Gewicht.

Gemeinderat Hopfeld: Ich wollte nur festhalten, dass die Pendleranzahl, die von Stockerau nach Wien fährt größer ist, als die Pendleranzahl, die von Korneuburg ausfährt.

Bürgermeister Laab: Ja, das habe ich gemeint. Man sieht das an den Bewegungen.

Gemeinderat Mayer: Vielleicht kann ich da auch einen Beitrag leisten. Eben vor drei Wochen ist der Bezirks-GVV beisammen gesessen und haben das gleiche Thema gehabt, Korneuburg - Stockerau - Bahn bzw. die Kleinbahnregion, was da ihm Gespräch ist. Ich möchte nur folgendes sagen: Taktung kann man schon fordern, aber nur, das wird von der ÖBB geprüft, weil es kann nicht sein, dass den ganzen Tag alle 15 Minuten ein Zug fährt und nur fünf Leute drinnen sitzen, also das muss erst überprüft werden. Die Verhandlungen sind auch mit dem Land, weil es um die Finanzierung geht. Es sind mehrere Möglichkeiten offen, aber natürlich bestehen wir auch auf Stockerau, aber wie gesagt, nur Taktung fordern, da sind so viele Parameter dahinter, die die ÖBB erst prüfen muss. Wir sind natürlich dafür, dass wir so schnell wie möglich dahin kommen, aber nur eine verbale Forderung stellen „Taktung“ ist einfach zu wenig.

Gemeinderat Pfeiler: Ich denke, es wäre schon sinnvoll, dass wir als Gemeindevertretung zum Ausdruck bringen, dass wir uns als Gemeinderat für unsere Bürger einsetzen. Es ist im Verkehrsverbund Ost-Region die entsprechende Finanzierung gemeinsam mit dem Land Niederösterreich aufzustellen. Aber ich denke, wenn man den Antrag um den ersten Punkt bereinigt, ich weiß nicht ob das möglich ist, und den zweiten und dritten Punkt belässt, wäre das eigentlich, glaube ich, eine gute Ausdrucksbekundung, dass wir den Viertelstundentakt unterstützen und uns einsetzen für diese Umsetzung. Falls es hier zu einer Änderung des Antrags kommt, von Seiten der antragstellenden Fraktion, würde ich vorschlagen, den zweiten Punkt zu ergänzen dahingehend, dass man hier auch die Verdichtung des Angebots von Stockerau über Tulln zum Tullnerfeld mitaufnimmt. Zur Erinnerung – da werden momentan nur fünf Züge je Richtung an Werktagen gefahren – es wird von Mitarbeitern in der Landesregierung in Anspruch genommen oder von Behörden im Umkreis von St. Pölten. Es wäre eine sehr, sehr wichtige Anbindung von Stockerau in Richtung Westen und Westbahnstrecke und daher könnte man diesen Antrag noch ergänzen um diese Verkehrsrelation.

Gemeinderat Falb: Wir würden im Sinne dessen, was der Kollege Pfeiler gesagt hat, den ersten Punkt des Antrags ergänzen „über den tatsächlichen Planungsstand der ÖBB und des Verkehrsverbundes Ost-Region“. Dann haben wir das gut eingefangen. Warum der Gemeinderat von Stockerau nicht Beschlüsse darüber fassen soll, verstehe ich nicht ganz. Wir beschließen oft Resolutionen zu Themen, die die Gemeinde also überhaupt nichts angehen. Es werden immer wieder Resolutionen von irgendeiner Bundespartei an die Gemeinden gestartet, von Grün, über Rot, über Schwarz auch die FPÖ, die da Themen einbringen, die rein gar

nichts mit Stockerau zu tun haben. Das hat mit Stockerau zu tun. Ich glaube, man kann so einen Beschluss fassen. Wie wir das mit Tullnerfeld in der Kürze einbauen – vielleicht kannst Du selber einen zweiten formulieren, einen eigenen Antrag, dann beschließen wir zwei Anträge.

Bürgermeister Laab: Ich greife jetzt das Antragstellen auf, ich stelle nämlich auch einen Antrag. Und ich würde den Antrag stellen, weil mir wäre am meisten damit geholfen, der Herr Falb hat das angesprochen - Resolution, dass der Gemeinderat eine Resolution beschließt, mit der ich dann zum VOR als Unterstützung des Gemeinderates gehen kann, um hier diesen Viertelstundentakt vehement einzufordern, weil die Entscheidung liegt jetzt nämlich beim VOR. Die ÖBB hat ihre Arbeit schon gemacht, was das betrifft, und wir müssen uns jetzt an den VOR wenden, dass die das auch umsetzen. Und da bräuchte ich die Unterstützung des Gemeinderates, dass man sagen kann, mit dieser Resolution nämlich, dass hier der Gemeinderat der Stadt Stockerau sich dafür ausspricht, dass er hier eindringlich den Viertelstundentakt einfordert, dass der eingeführt wird auf der Strecke und die Züge nach Wien eingebunden werden, dass diese unbedingt bis Stockerau zu führen sind. Also, wo er dann sonst noch stehen bleibt, ist für uns nicht so relevant, weil wir brauchen die Stockerauer und wir brauchen die schnelle Anbindung nach Wien. Also das wäre für mich eine Resolution, wenn Sie die unterstützen könnten. Diese wäre natürlich auszuformulieren, mit den Argumenten, und wird den Fraktionen übermitteln, sodass noch Textpassagen geändert werden können. Dann wird die Resolution an den VOR weitergeleitet. Das andere ist auch eine Sache, die die ÖBB betrifft, diese Anbindung über Tulln nach St. Pölten an die schnelle Westbahnverbindung. Da sind die Gespräche im Laufen, da habe ich im Moment keine neuen Entscheidungen, die Willenserklärung ist da, dass das kommen soll, aber noch keine Entscheidung, mit welcher Fahrplanänderung hier eine Möglichkeit besteht. Aber das würde ich komplett von der Wiener Anbindung vom Viertelstundentakt entkoppeln. Da können wir gerne im nächsten Gemeinderat im September dann dementsprechend auch einen Tagesordnungspunkt haben, wo wir berichten, wie hier die Möglichkeiten sind - Stockerauer Anbindung über Tulln an die Westbahn, nämlich nach St. Pölten und damit auch an die Westbahn.

Gemeinderat Pfeiler: Ich würde ersuchen, dass wir in die Resolution, wie Sie das jetzt ausgeführt haben, schon auch die jetzt gleich die Verbindung von Stockerau über Tulln nach Tullnerfeld mitaufnehmen, weil es sind die gleichen Handlungsträger, der Verkehrsverbund Ostregion, das Land Niederösterreich. Es ist sicherlich gut, wenn wir in dieser Resolution diesen Punkt auch gleich mitaufnehmen können. Auch wenn die Planungsstände, die derzeit bestehen, unterschiedlich sind in der einen oder anderen Sachlage. In dieser Resolution wäre das Bedürfnis der Stockerauerinnen und Stockerauer sowohl Richtung Wien wie auch Richtung Tulln und Tullnerfeld zum Ausdruck zu bringen.

Bürgermeister Laab: Kein Problem, wir können natürlich auch das hinein packen. Ich wollte nur darauf hinweisen, dass das zwei verschiedene Paar Schuhe sind, aber es ist kein Thema, wir können auch beides an den VOR richten.

Stadtrat Moser: Was ich dazu sagen würde, ist, was oben drauf steht ob Resolution oder ein Antrag – wichtig glaube ich ist, dass der Wille zum Ausdruck kommt, dass die Gemeinde, der Gemeinderat da einstimmig und hundertprozentig dahinter steht. Ich glaube, dass der Schritt in Richtung Resolution durchaus denkbar ist aus meiner Sicht, jedenfalls ein bisschen eine Veränderung Ihrer Position darstellt, wie Sie ganz am Beginn der Diskussion gesagt haben,

dass das geradezu absurd wäre, das Thema im Gemeinderat zu bringen, dass es andere Möglichkeiten gegeben hätte. Ich denke, dass es nicht ehrenrührig ist, wenn man den Bürgermeister mit einem klaren Votum zum Ausdruck bringt und der Weg über die Medien war vielleicht jetzt nicht ideal, aber wie Sie wissen, wir machen immer wieder so Bürgerversammlungen, wo nicht nur Parteigänger kommen können, sondern eben auch die ganze Bevölkerung und auch Medienvertreter. Dort ist das Thema am Montag vor einer Woche aufgepoppt, dort ist der vehemente Wunsch gekommen und daher haben wir versprochen, das möglichst zeitnahe dem Gemeinderat und dem Bürgermeister zur Kenntnis zu bringen. Ich denke, hier ist Geschwindigkeit wichtiger, als die Form, also ich glaube, dass unser Antrag diesen Resolutionscharakter durchaus aufweist und ich ersuche hier um Abstimmung.

*Gemeinderat Hetzendorfer*: Ich darf mich vorab einmal bedanken für jetzige Auskunft, darüber bin ich schon sehr zufrieden, dass ich einmal weiß, woran wir jetzt sind. Ich hoffe auch, dass es in weiterer Zukunft wirklich stark forciert wird. Es ist für alle, die auf die Bahn angewiesen sind, wirklich extrem wichtig, und ich darf auch noch einmal, sofern es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, den abgeänderten Antrag noch einmal zur Verlesung bringen.

*Bürgermeister Laab*: Da ich auch einen Antrag gestellt habe ist die Reihenfolge so, dass zuerst über meinen Antrag abzustimmen ist und dann erst über den ursprünglichen Tagesordnungspunkt. Geht es um die Formulierung?

*Gemeinderat Hetzendorfer*: Es wäre um die Abänderung gegangen. Also der **abgeänderte Antrag** würde lauten:

Der Bürgermeister von Stockerau möge über den tatsächlichen Planungsstand der ÖBB bzw. mit dem Verkehrsverbund Ostregion Erkundigungen einziehen, sich nachhaltig für die Einführung des Viertelstundentaktes von und nach Stockerau und die Verbesserung der Anbindung von Stockerau an den Bahnhof Tullnerfeld einsetzen und in der nächsten Gemeinderatsitzung darüber berichten.

*Bürgermeister Laab*: Mein **Antrag für die Resolution** würde lauten, dass der Gemeinderat sich vehement dafür ausspricht, dass der VOR hier aufgefordert wird, dass nach dem vorliegenden Angebot der ÖBB hier dieser Viertelstundentakt bis Stockerau einzuführen ist und dass auch hier im zweiten Punkt, so wie es von Gemeinderat Pfeiler gefordert wird, auch dringend eine Verbindung von Stockerau an St. Pölten, Richtung Westen, an die Westbahn einzurichten ist. Das wäre der Resolutionstext, den ich mir vorstellen würde, mit dem ich als Verhandlungspartner sozusagen mit dem VOR einen besseren Stand hätte.

Nachdem wir zu einer Abstimmung kommen müssen, wäre zuerst der Antrag über die Resolution abzustimmen und dann im Anschluss über den Antrag, den Herr Gemeinderat Hetzendorfer eingebracht hat.

### **Abstimmung über Antrag Resolution**

**Beschluss:**

**einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	15
	ÖVP	10
	FPÖ	3
	GRÜNE	3
	NEOS	0

**Abstimmung über Antrag ÖVP**

Gemeinderat Hetzendorfer: Der Bürgermeister von Stockerau möge,

- über den tatsächlichen Planungsstand der ÖBB bzw. den Verkehrsverbund Ost Region Erkundigungen einziehen,
- sich nachhaltig für die Einführung des Viertelstundentaktes von und ab Stockerau und die Verbesserung der Anbindung zwischen Stockerau und dem Bahnhof Tullnerfeld einsetzen und
- in der nächsten Sitzung des Gemeinderates darüber berichten.

**Beschluss:**

**einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0

Prostimmen:	SPÖ	15
	ÖVP	10
	FPÖ	3
	GRÜNE	3
	NEOS	0

#### **4.) Wahlanlagenheiten**

*Gemeinderätin Handschuh:* Bedingt durch die Anfechtung des zweiten Wahlganges der Bundespräsidentenwahlen 2016 sind die Wahlbeisitzenden in Misskredit geraten, die Damen und Herren stellen sich in ihrer Freizeit zur Verfügung und haben sicherlich öffentliche Anerkennung verdient und nicht nur öffentliche Kritik. Daher ergeht der Antrag der ÖVP der Gemeinderat der Stadt Stockerau möge daher beschließen,

- jenen Bürgerinnen und Bürgern, die mindestens 15 Mal eine Vorsitzenden-Funktion, eine stellvertretende Vorsitzenden-Funktion oder die Funktion eines Beisitzers einschließlich Ersatzbeisitzers in den im Rahmen der Stadtgemeinde Stockerau einzu-richtenden Wahlbehörden bekleidet und auch tatsächlich ausgeführt haben, mit der Medaille „Stockerau dankt“ sichtbar auszuzeichnen und auch künftig eine solche Auszeichnung vorzunehmen.

*Stadtrat Kube:* Die Fraktion der FPÖ ist grundsätzlich nicht für diesen Antrag, sollte es aber für die Beisitzer der ÖVP so wichtig sein, diese Ehrung zu erhalten, stimmen wir natürlich zu. Ich kann nur dazu sagen, ich verstehe es als meine demokratische Pflicht, als Beisitzer, wenn ich dazu gefragt werde, zur Verfügung zu stehen, egal mit oder ohne Ehrung und weiters ist es eigentlich sehr leicht ersichtlich für die Beisitzer, warum das Ganze jetzt gemacht wird, also eigentlich mehr oder weniger eine Notlösung, darum finde ich das ganze eigentlich nicht für sinnvoll.

*Gemeinderat Hopfeld:* Ich möchte schon etwas dazu sagen, weil ich das aus der Vergangenheit weiß, wenn jemand gefehlt hat, war das die FPÖ, wenn es um die Auszählung gegangen ist oder sonst etwas. Das möchte ich schon einmal festhalten.

*Stadtrat Kube:* Da war ich nicht dabei.

*Gemeinderat Hopfeld:* Das glaube ich schon, aber die haben immer gegläntzt durch Abwesenheit und ich finde das nicht sehr fair, wenn man dann sagt, wenn es für die ÖVP so wichtig ist – das verstehe ich nicht.

*Stadtrat Moser:* Das ist der Stil.

*Stadtrat Holzer:* Wenn man davon ausgeht, dass es Gemeinderatswahlen gibt, Landtagswahlen, Nationalratswahlen, Bundespräsidentenwahlen kann man sagen, wir haben alle zwei Jahre Wahlen – 15 mal das heißt, er muss seit 30 Jahre sitzen, vielleicht sind es nur 20 Jahre, weil manchmal Wahlen vorgezogen worden sind, und alle, die aus irgendwelchen Gründen

dann weniger dran kommen, kommen nicht dran. Mir würde viel besser gefallen, wenn nach jeder Wahl die genannten Personenkreise ein Schreiben der Gemeinde bekommen „Dank und Anerkennung“, und das muss reichen. Weil einer der einmal, zweimal hilft ist genauso viel wert wie einer, der 15 mal schon gegessen ist innerhalb von 20 Jahren, die sind zu 90 Prozent dann Parteifunktionäre, die auch in diesem Kreis sitzen oder in Vereinen oder Parteien engagiert sind oder sonst in anderen Bereichen sehr, sehr viel für die Gemeinde leisten. Ich glaube, wir machen das aus demokratischen Gründen und wenn man Dank und Anerkennung will, dann sollte man das nach jeder Wahl mit einem Schreiben an alle, die bei der Wahl dabei waren, machen.

*Gemeinderat Falb:* Also die Rechnung ist nicht ganz richtig, weil im Schnitt, glaube ich, haben wir einmal im Jahr eine Wahl. Für Medaillen, für diese Verdienste sind oft zehn Jahre, daher haben wir uns gedacht, zehn, fünfzehn Jahre, wenn jemand so etwas macht, dann ist das schon was. Die Leute sind auch nicht nur Funktionäre, die hier im Raum sitzen, das gilt sowohl für eure Fraktion, sondern da gibt es auch andere Leute, die sich euch verbunden fühlen, oder gar nicht so sehr, die sich eher dem demokratischen Gedanken verbunden fühlen und sich dann immer wieder zur Verfügung stellen. Und uns geht es schon darum, zum Ausdruck zu bringen, es ist eine Arbeit, die viel wert ist und es ist nicht so, dass hier irgendwelche Systemparteien andere um ihren Wahlerfolg gebracht haben oder versucht haben, um ihren Wahlerfolg zu bringen. Die Verfehlungen, die der Verfassungsgerichtshof festgestellt hat, haben alle eigentlich professionelle Behördenvertreter begangen und nicht ehrenamtliche und trotzdem ist das ganze System in Misskredit geraten und wir werden das schon merken, mit wieviel Freude die Leute das noch machen werden. Ich bin dafür, dass das System, so wie es in Österreich besteht, weitergeht. Demokratie ist vor allem Zivilgesellschaft, Bürgergesellschaft und ich glaube, dass man sich als Stadt bei diesen Leuten bedanken sollte. Ich sage das ganz offen, da geht es gar nicht darum, ob wir Anerkennung brauchen.

*Gemeinderat Mayer:* Ich möchte darauf hinweisen, warum die FPÖ die Beisitzer nicht gestellt hat. Erstens kann man das nicht beurteilen, weil die FPÖ bis dato, jetzt durch die Bundespräsidentenwahl, besser dargestellt ist oder besser da steht, und die Beisitzer nicht aufbringen hat können, weil sich niemand öffentlich als Mitglied der FPÖ zeigen wollte. Ich kann niemand sagen, Du musst für die FPÖ auftreten, das ist nicht möglich gewesen und Sie wissen genau, das weiß jede Partei, warum das so gewesen ist, weil man immer den Nachteil gehabt hat, deswegen war es uns nicht möglich. Also nicht sagen, wir haben das nicht zusammengebracht. Das ist ein großer Unterschied, wenn wir die Leute gehabt hätten und sie hätten sich bereit erklärt, sich aufstellen zu lassen.

*Gemeinderat Dummer:* Dieses System der Anerkennung mit Medaillen in Bronze, Gold, Silber hat sich in vielen Bereichen des Ehrenamtes durchaus bewährt und ich glaube schon, dass das einfach eine höhere Wertigkeit hat, wenn ich nach einer gewissen Zeit, seien es jetzt 10, 12 oder 15 Jahre, das ist jetzt nicht so das Kriterium, da etwas Sichtbares bekomme als Anerkennung und als Dank. Ein Schreiben nach jeder Wahl hat halt dann auch inflationäre Wirkung, wenn einer wirklich 15-mal dabei gegessen ist und er hat 15 so Schreiben, ob er sich die alle daheim aufhängt, ist fraglich. Also ich denke, das ist ein bewährtes System, auf das man da zurückgegriffen hat und das ist bis zu einem gewissen Grad ein Ehrenamt, das genauso anerkannt werden soll, wie eben Dienst beim Roten Kreuz oder andere Dinge. Es ist ein Sonntag, einer im Jahr, den man opfert, darum will ich das auch nicht überbewerten, die 15, wir sind auf fünf Wahlen gekommen, die wesentlich sind, also Gemeinde, Landtag, National-

rat, Präsident und Europaparlament, also haben wir wenigstens fünf, die wir bestücken müssen und es ist halt im Schnitt eine im Jahr, manchmal fallen in einem Jahr dann mehrere an. Darum 15 Jahre, wenn das jemand macht, dann denke ich, freut er sich schon und die Kosten für so eine Medaille sind wahrscheinlich bewerkstelligbar.

Bürgermeister Laab: Ich bin für jede Anerkennung für Freiwillige und es sind Freiwillige, denen wir eine Anerkennung aussprechen. Aber ich fürchte, da ist nicht wirklich nachgedacht worden, wie man sich das mindestens 15 Mal vorstellt. Ich habe jetzt kurz, seitdem wir die Zahl kennen, Rücksprache gehalten. Wir sehen in der Verwaltung nicht einmal eine Chance, dass wir jetzt im Nachhinein feststellen können, wer jetzt Vorsitzender, Vorsitzender-Stellvertreter, die Beisitzer, einschließlich Ersatzbeisitzer, die so rasant wechseln, gewesen sind. Wir haben nicht solche Aufzeichnungen, dass man mit reinem Gewissens so einen Beschluss fassen kann. Vielleicht durchführbar, das mag schon sein. Aber ich habe erstens einmal das Personal nicht dafür, dass ich sage, ich kann hier jemanden über einen längeren Zeitraum damit beschäftigen, der das ausfindig macht, und zweitens ist es natürlich immer schlimm, wenn man so etwas macht und man vergisst dann jemanden und dann geht die Motivation in die falsche Richtung los. Also, wenn wir uns in diese Richtung auf etwas einigen, dann müsste das meiner Meinung nach sein, man beginnt ab einem Zeitpunkt X diese Aufzeichnungen zu führen und hat dann auch die Möglichkeit, wenn man diese Ziele erreicht hat, jemandem die Auszeichnung zu geben. Wir haben immer bei Auszeichnungen, bei Helfedienstmedaillen, Sozialhilfemedaillen, alle diese Verordnungen, die da beschlossen wurden, einen Zeitpunkt gehabt und haben Richtlinien gehabt, was die Voraussetzungen sein müssen und auch wann man beginnt hier diese Voraussetzungen anzuwenden. Da sehe ich das große Problem drinnen, weil so kurzfristig bis zum 2. Oktober ist da sicher keine Möglichkeit, dass wir da so eine große Ehrungsrunde starten, weil irgendwo ist ja jetzt auch die Angst der einzelnen Fraktionen, da schließe ich die eigene nicht aus, dass man bei der nächsten Wahlhandlung aufgrund der ganzen Berichterstattung und Situation, auch wenn Herr Mag. Falb Recht hat, dass die Fehler nicht von denen gemacht wurden, die sich zur Verfügung stellen, sondern von professioneller Seite, dass man sehr viele Absagen bekommt, und dann hat der Bürgermeister wieder das Problem, weil der muss die Wahlkommissionen stellen. Ich glaube eher, dass wir für die Zukunft darüber nachdenken müssen, was wir für einen Stundensatz jemanden anbieten, der sich da zur Verfügung stellt. Wien macht ja das schon seit vielen Jahren und das fürchte ich, dass es unter Umständen nur mehr in diese Richtung gehen wird und da nur überschlagsmäßig diese Zahl, mich da nicht festzunageln, € 10.000,- Minimum bis € 15.000,- Maximum würde eine Wahl dann ungefähr bei 13 Wahlsprengel dann in Anspruch nehmen, wenn man nur mit € 10,- die Stunde beispielsweise hier ansetzt. Das wird in Zukunft vielleicht eine Möglichkeit sein oder eine Notwendigkeit sein, dass man noch Freiwillige findet. Zukünftig verlangt man ja, dass die Schulung dementsprechend ordnungsgemäß abgewickelt wird, dass derjenige auch sattelfest ist und seine Funktion auch dementsprechend ausführt. Jetzt in kurzer Zeit festzustellen, wer eine Medaille bekommen soll, bei wem man sich bedankt, wird nicht gehen. Die Kosten werden zwischen € 20,- und € 30,- liegen.

Stadtdirektorin Riedler: 13 Wahlsprengel mal durchschnittlich sechs Personen, mal 15 Jahre das sind über tausend Fälle, 1.170 Fälle.

Bürgermeister Laab: Wenn man das mit € 30,- pro Fall ansetzt, dann kann man sich ungefähr ausrechnen, was es kosten würde. Da wären noch Rahmenbedingungen zu schaffen, um

hier so einen Beschluss fassen zu können. Deswegen warne ich vorher, bevor wir diesen Beschluss fassen, sollte man sich die Umsetzung anschauen.

Gemeinderat Hetzendorfer: Weil Sie gerade angesprochen haben diese Zahlungen. Ist es nicht vielleicht möglich, zumindest die letzten fünf Jahre anhand der Listen von den Auszahlungen, wo jeder unterschrieben hat, das herauszufinden. Ich meine, fünf Jahre muss man das ja in der Buchhaltung haben und da hat ja jeder unterschrieben, dass er das bekommen hat, das müsste man ja eigentlich ausheben können, zumindest für ein paar Jahre.

Gemeinderat Falb: Nicht in die Ewigkeit zurück.

Stadtrat Moser: Ich anerkenne jedenfalls diese administrative Herausforderung. Ich glaube, dass man für die Zukunft damit jetzt beginnen könnte und für die Vergangenheit den Parteien dahingehend vertraut, dass die bekanntgeben, wie oft ihre noch am Leben befindlichen Wahlaktivisten das machen. Wir als ÖVP haben das wahrscheinlich die letzten 40 Jahre und möglicherweise die anderen Parteien auch. Also das könnte eine Kombination sein, Nominierungsrecht, Vorschlagsrecht durch die Partei mit Bekanntgabe der Anzahl und für die Zukunft eine Zählung bei der Einteilung. Ich glaube, das Dankeschreiben ist ja eh irgendwie auch gegeben, weil man bekommt im Vorhinein ein Schreiben „wir bedanken, dass Sie das übernommen haben und laden Sie ein zur Vorbesprechung oder bitten Sie am Wahltag um 6.40 Uhr“ oder was auch immer, also das Schriftliche hat es eigentlich schon gegeben. Ein zweiter Brief würde nicht schaden, aber ich denke so eine administrative Erleichterung, wie von mir vorgeschlagen, sollte möglich sein.

Gestatten Sie mir aber noch ein bisschen auf die Wortmeldung des Herrn Kube einzugehen. Es ist wirklich unfassbar, welche Geringschätzung von Ihnen da entgegengebracht wird, den Leuten, die Jahre, Jahrzehnte gegessen sind, und sie sagen, wenn die ÖVPler das wollen. Der Herr Mayer hat das dann sogar noch verstärkt, wie schwierig es ist, Wahlbeisitzer zu akquirieren. Ich darf nur erinnern, dass die ÖVP noch nie in einer Regierungsverantwortung in der Stadtgemeinde war, was auch nicht immer einfach ist, dass Leute, die sich unserer Gesinnungsgemeinschaft zugehörig fühlen, so eine Funktion übernehmen. Und wenn jemand dazu bereit ist, dann verdient er, glaube ich, Anerkennung. Und so locker damit umzugehen, Sie sind erst ein- oder zweimal dabei gegessen, und so locker mit einer bezahlten Gemeindefunktion dann auf die Leute herabzuschauen, die eine blöde Urkunde, einen blöden Metalldeckel kriegen, ist für mich wirklich nicht in Ordnung.

Stadtrat Kube: Ich möchte mich jetzt einmal gegen die Worte „blöde Urkunde“ und „blöder Metalldeckel“ verwehren. Das in keinem Satz von mir enthalten? Und so auch nicht gedacht, das möchte ich schon dazu sagen.

Gemeinderat Pfeiler: Im Lichte der Ereignisse im Zusammenhang mit der Anfechtung des zweiten Wahlganges ist es wichtig, sich Gedanken darüber zu machen, wie man die Bürgergesellschaft wieder für den demokratischen Wahlvorgang begeistern, interessieren und heranzuführen kann. Insofern halte ich es für gut, dass wir uns darüber Gedanken machen. Ich glaube, dass die Anerkennung wahrscheinlich langfristig in die Richtung gehen wird, die Sie Herr Bürgermeister formuliert haben, wahrscheinlich eine Zuerkennung, eine relativ kurzfristig, sozusagen am Wahltag, eine Zuerkennung zu erteilen. Über die Höhe wird man sich unterhalten müssen. Ich denke jetzt gerade an junge Menschen, die vielleicht am Beginn ihrer demokratischen Teilhabe sind, 16, 17, 18, 19, 20 Jahre, die sind vielleicht schon für einen gerin-

gen Betrag dankbar, wenn sie teilnehmen und beim Wahlvorgang mitwirken. Es muss aber nicht so sein, es kann vielleicht auch anders sein, ich glaube, dass man junge Menschen über eine Ehrennadel oder über Zehnjahresvorgänge oder 15 Wahlvorgänge wahrscheinlich schwierig dazu bekommt, sich zu beteiligen und sich zu interessieren. Insofern finde ich es richtig, dass man darüber nachdenkt. Ich kann nur die Zivilgesellschaft einladen, verstärkt an der Wahldurchführung zu partizipieren oder sogar teilzunehmen. Wenn es in Richtung einer finanziellen Abgeltung geht, in welcher Höhe, ist vielleicht auch ein Mittel, um das Interesse zu wecken und das Vertrauen auch wieder herzustellen.

*Gemeinderat Falb*: Auch wenn es eine grundsätzliche und fast philosophische Diskussion ist, möchte ich trotzdem namens meiner Gesinnungsgemeinschaft festhalten, dass für uns bürgerschaftliches Engagement, zivilgesellschaftliches Engagement zunächst einmal unbesoldetes Engagement ist. Ich halte das für wichtig, dass über Zivilgesellschaft, Bürgergesellschaft permanent geredet wird, aber bei näherer Betrachtung verdienen alle ein Geld mit ihrem Engagement. Ich sage das, ich bin stolz darauf, wenn mein Land es zusammenbringt, unbesoldete Demokratie zu organisieren.

*Bürgermeister Laab*: Um dieses Thema zu lösen oder eine entscheidungsfähige Grundlage zu finden, würde ich vorschlagen, damit sich alle einbringen können, dass je zwei Vertreter der im Gemeinderat vertretenen Gemeinderatsfraktionen zu einem Gespräch einladen werden, um zu diskutieren, in welche Richtung es gehen soll. Wir können Ihnen dann sagen, was realistisch ist, wie weit man hier zurückgehen kann, wie es mit den Aufzeichnungen aussieht. Man sollte über realistische Ansätze diskutieren, um zu einem Ergebnis zu kommen, in welcher Form dieser Dank ausgesprochen werden kann.

Das wäre **mein Vorschlag**, dass wir einen Termin bekannt geben, Sie uns dann namhaft machen, wer zu dem Termin kommt und in der Zwischenzeit werden wir diese Möglichkeiten ausheben, wie weit wir zurückgehen können, was wir hier an Informationen haben.

*Stadtrat Moser*: Das ist für uns ein gangbarer Weg und wir werden uns dem anschließen und uns einbringen.

*Bürgermeister Laab*: Wir werden das in dem Gespräch behandeln und dann einen abstimmungsreifen Vorschlag im September in den Gemeinderat bringen. Das wäre das Ziel.

### **Abstimmung über Vorschlag von Bgm.**

**Beschluss:** **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0

Stimmhaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	15
	ÖVP	10
	FPÖ	3
	GRÜNE	3
	NEOS	0

Es erfolgt keine Wortmeldung mehr.

Bürgermeister Laab schließt die öffentliche Sitzung und beginnt mit der nicht öffentlichen Sitzung.

Der Bürgermeister

Helmut Laab

Für die SPÖ-Fraktion

Für die ÖVP-Fraktion

Vizebgm. Susanne Hermanek

StR Dr. Christian Moser

Für die FPÖ-Fraktion

Für die GRÜNEN-Fraktion

StR Kube Erwin

GR Mag. Andreas Straka

Für die NEOS

GR Dr. Martin Fischer

Für das Protokoll

Schriftführerin

StADir. Dr. Maria-Andrea Riedler

Doris Eder